

Kritik der Gewohnheit. Der Krisendiskurs der Parteien und seine Funktion für die moderne Demokratie

Jasmin Siri, Dipl.-Soz.¹

Die folgenden Überlegungen setzen sich mit der Frage auseinander, weshalb Parteien, *seit es sie gibt, als in der Krise befindlich* beschrieben werden. Nicht nur die Politikwissenschaft, sondern auch Rechtswissenschaft, Soziologie sowie die Massenmedien und politische Rollenträger tragen zu dieser Beschreibung bei. Es handelt sich um einen interdisziplinären Krisendiskurs, der die Parteien seit ihrer Entstehung begleitet und der für seine eigene Historizität eigentümlich blind zu sein scheint.²

Ich werde zunächst danach fragen, was die politische Soziologie zu einer Untersuchung der modernen Parteien beitragen kann (1.). Anhand eines differenzierungstheoretischen Analyserahmens werde ich die Parteienkritik anschließend genauer in den Blick nehmen (2.). Im dritten Kapitel des Aufsatzes soll der Krisendiskurs, mittels des Hinweises auf die *Gegenwartsorientierung* politischer Analysen, auf seine *Funktion* für die moderne Demokratie befragt werden. Ich werde aus einer gesellschaftstheoretischen Perspektive zur Diskussion stellen, ob die Krisenkommunikation nicht, statt auf politische Probleme und Legitimationsdefizite, gerade auf die *Wehrhaftigkeit* der modernen parlamentarischen Demokratie hinweist (3.).

1. Das Desinteresse der Soziologie für die politischen Parteien

Die universitäre und theoretisch interessierte politische Soziologie widmete sich in den 1960er und 1970er Jahren vor allem der Soziologie der Öffentlichkeit und entdeckt in den 1990er Jahren die Individualisierung und Globalisierung neu. Statt empirischer Studien über die politische Praxis werden vor allem die Erkenntnisse der Sozialstrukturanalyse, wie die Auflösung traditioneller Bande und Lebenslagen, auf die Beschreibung der Parteien *übertragen*. Empirische Forschungen zu Parteien werden etwa durch die Politikwissenschaft, die Rechtswissenschaft, die Kommunikationswissenschaft und die Psychologie unternommen, während die Soziologie sich vornehm zurückhält. Dies ist angesichts des breiten Themenspektrums, dem sich die Soziologie widmet, eine Überraschung. Um zu diskutieren, welchen Mehrwert eine soziologische Perspektive auf die Parteiorganisation erzeugen kann, werde ich mich daher zunächst mit den *Ursachen* für das Desinteresse der Soziologie für die politischen Parteien auseinandersetzen.

In einem Aufsatz über die „Perspektiven der politischen Soziologie“ begründet Trutz von Trotha (2007) als damaliger Vorsitzender der „Sektion politische Soziologie“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, dass die Soziologie sich zur Untersuchung von „grundlegenden Formen des Machthandelns“ besonders gut eigne: „Im Unterschied zur Politikwissenschaft arbeitet die politische Soziologie mit Begriffen der Politik, die weder (im gleichen Maße) normativ aufgeladen noch an den Begriff des Staates oder gar des okzidentalen Nationalstaates gebunden sind“ (von Trotha 2006: 283). Man könnte sich darüber wundern, dass die Soziologie, trotzdem sie nach von Trotha die „besseren“ Begriffe für sich beanspruchen könnte, kaum einen konkreten Beitrag zur Untersuchung politischer Parteien leistet. Deren Untersuchung wird der Politikwissenschaft und anderen Disziplinen überlassen. Von Trotha begründet dies implizit: Er argumentiert, dass sich die Politische Soziologie zur Erkundung „des Neuen“ im Politischen besonders eigne, da sie nicht nur weniger normativ und na-

¹ Die Verfasserin ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München.

² Ich danke Prof. Armin Nassehi und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Lehrstuhlcolloquiums für hilfreiche Kommentare.

tionalstaatlich zentriert sei, sondern zudem keinen institutionellen Bias besitze. Anschließend präsentiert er die aus seiner Sicht wichtigsten Felder der politischen Soziologie in der folgenden Abfolge: Tendenzen der De-Institutionalisierung (z.B. NGOs, Global Players und „politisch gewichtige Akteure der Zivilgesellschaft“) (ebd.: 285), Soziologie der politischen Gewalt und des Krieges (ebd.: 286), Repräsentation und Legitimation (ebd.: 286), Subpolitik und ein weiteres mal die NGOs (ebd.: 292), Politik und Religion „an der Schwelle zum dritten „Zeitalter der Mission“ (ebd.: 293), „Globalisierung und der Aufstieg des Lokalen“ (ebd.: 295) sowie die Soziologie der Politik zwischen der „Anthropologie politischen Handelns und herrschaftssoziologischer Theorie der Institutionalisierung und De-Institutionalisierung“ (ebd.: 297). So weit, so gut. Parteien ordnet von Trotha im Themenschwerpunkt „Repräsentation und Legitimation“ ein und formuliert, dass die Aufgabe der Soziologie hierbei in der Untersuchung „entwicklungspolitischer Demokratisierungspolitik“ (ebd.: 287) bestehe. Besonders die Untersuchung von Wahlen in Ländern der Dritten Welt könnten Soziologen laut von Trotha besser leisten als Politikwissenschaftler (ebd.: 287).

Von Trothas Schwerpunktbeschreibung spiegelt deutlich das hohe Interesse des soziologischen Mainstreams für „subpolitische“ Akteure, transnationale Regime und Governance-Strukturen wider. Dies geht mit einem Desinteresse für scheinbar „alte“ Organisationen und Verbände und die Rechtsförmigkeit politischer Verfahren einher. Auch der Erfolg der Individualisierungstheorie in der Soziologie der 1990er Jahre hat zum Desinteresse an Parteien und Institutionen einen Beitrag geleistet. „Jenseits von Stand und Klasse“ führen, so eine prominente Diagnose, die Bürgerinnen und Bürger ein riskant-individualisiertes Leben, in dem Kollektivität eine untergeordnete Rolle spiele (Beck 1994). „Die Institutionen werden in ihrer Programmatik, in ihren Grundlagen unwirklich, widerspruchsvoll und daher individuumsabhängig“ (Beck 1993: 154). Im Inneren des Nationalstaats versande die Macht, während transnationale und zivilgesellschaftliche Akteure Weltpolitik gestalten. Eine

Untersuchung nationalstaatlicher Arrangements ist aus dieser Perspektive eine Fleißarbeit, welche den Politikwissenschaftlern zu überlassen sei, während sich die Soziologie „außerokzidentalen“ Arrangements widme (von Trotha 2006: 287, 299f.). Ulrich Beck diagnostiziert eine „Doppelkrise“ (Beck 1993: 220) der westlichen „Vorbilddemokratien“ (ebd.): „Die Regierungen und die um ihre Ablösung buhlende Opposition mussten Stimmenverluste hinnehmen, kränkeln und kriseln. Kalküle der Schwäche beginnen sich einzuspielen. Man achtet nicht mehr darauf, den Konkurrenten mit Leistungen zu überholen und zu übertreffen, sondern das Ausmaß der Krisen und Skandale unter dem Pegel des Versagens und Vertrauensentzuges zu halten, das den Gegenspieler beutelt“ (ebd.).³ Die Lösung sieht Beck in der Stärkung von Subpolitiken, von Politik außerhalb der Institutionen.

Es liegt nahe, aus Becks Ausführungen den Schluss zu ziehen, dass die Parteien ausgedient haben (vgl. ebd.: 224 ff.). Im Spätwerk mündet die Theorie Becks daher in einer Beschreibung der Gesellschaft aus der Perspektive westdeutscher Protestbewegungen – und deren Subjekten: den sich aufgrund hoher Bildung und relativer finanzieller Unabhängigkeit jenseits von Stand und Klasse wählenden Kosmopoliten (Beck 2004). Es ist nicht erstaunlich, dass sich angesichts der hier mit von Trotha und Beck skizzierten Trends, das empirische wie theoretische Interesse an nationalen Großorganisationen in Grenzen hielt. Viel interessanter sind dann Governance-Regime, Subpolitik abseits der „alten“ Institutionen und Verfahren oder die Frage nach den Bedingungen einer Weltverfassung für die Weltgesellschaft (vgl. Habermas 2005).

Ungeachtet dessen haben sich in den Parteien (wie in allen modernen Organisationen) Veränderungen vollzogen, die der politischen Soziologie entgehen, denn das „Neue“ wird an das Entstehen „neuer“ Regierungsformen und „neuer“ Organisationen gebunden. Die Absage an die

³ Manfred Lauer (1994) weist in seinem instruktiven Text „Carl Schmitt – light“ auf die Empiriearmut der Beckschen Beschreibung des Politischen und des „Subpolitischen“ hin (Lauer 1994: 94) und befragt sie auf ihre Erkenntnisbedingungen.

Staatlichkeit und nationale Container (hier stellvertretend für viele durch von Trotha und Beck artikuliert) begründet, unter Zugabe einer guten Portion Ignoranz für die legitimatorische Funktion von Verfahren im Rechtsstaat, das Desinteresse der politischen Soziologie für die kleinen und großen Veränderungen in den „alten“ Organisationen des Nationalstaates und damit die Leerstelle soziologischer Erforschung moderner Parteien und der Mitgliedschaft in ihnen. Angesichts dieser Ausgangslage kann man zu dem Schluss kommen, dass (vor allem die theoretisch interessierte) Soziologie seit 1946 nur wenig zur praktischen Erforschung der politischen Parteien beigetragen hat. Das bedeutet nicht, dass Parteien nie erwähnt würden, aber „Wahlsoziologie“, Parteiensoziologie und „Abgeordnetensoziologie“ fanden vor allem an politikwissenschaftlichen Lehrstühlen, in quantitativ interessierten Projekten und in privaten Forschungsinstituten statt. Selbst Niklas Luhmann und Jürgen Habermas, die in ihren Gesellschaftstheorien beinahe alles erforscht haben, was es zu erforschen gibt, werden beim Thema „Parteien“ ungewohnt schweigsam. Dies liegt möglicherweise darin begründet, dass sie sich aus ihrer jeweiligen Perspektive mehr für den Staat und die Verwaltung (Luhmann 1983) und das demokratische Verfahren interessieren, als für die Vorbereitung dieser Verfahren durch Parteiorganisationen (vgl. Luhmann 1971, Habermas 1992). Luhmann legt den empirischen Schwerpunkt seiner politischen Theorie auf den Staat und seine Verwaltung, Habermas den seinen auf die Vermittlung von Verfassung, Verfahren und demokratischer Öffentlichkeit (vgl. Habermas 1990, 1992). Abseits der mannigfaltigen quantitativen Untersuchungen der Wahlforschung sowie vor allem mediensoziologisch (vgl. Soeffner 2002, Hitzler 1994) und soziohistorisch (vgl. Lepsius 1993) informierter Studien tut sich somit seit den Arbeiten von Michels und Weber eine Lücke auf, die vor allem in einer Analyse der Partei als lebensweltlicher Gegenwart, in welcher sich Mitglieder organisieren und verhalten, der Veränderungen der Parteiorganisation und der wissenssoziologischen Dekonstruktion der „Parteienkrise“ besteht. Doch nicht nur die Soziologie vergibt sich etwas, wenn sie sich der Untersuchung der Par-

teirorganisation enthält. Der Parteienforschung entgeht eine Beschreibung der Parteien, die von der Verunsicherung für sicher gehaltenen Wissens, der Analyse alltäglicher organisationaler Praktiken und der Abklärung normativer Emphase durch die Untersuchung ihrer Funktion lebt. Forschung über Parteien kann aus dieser Perspektive selbst zum Gegenstand von Forschung werden, die Problembeschreibung eines Parteimitglieds als Lösung für eine gegenwärtige Praxis betrachtet werden (vgl. Nassehi 2008). Bevor ich dies am empirischen Material, hier: dem Krisendiskurs der Parteienstaatlichkeit und Parteiorganisation, zu zeigen versuche, will ich kurz wichtige theoretische Einflüsse der zugrunde liegenden Studie⁴ illustrieren.

1.1 Kritik und Krise

Kritik und Krisendiagnosen scheinen bei der Untersuchung von Parteien eine Gewohnheit wissenschaftlicher, medialer und organisationaler Beobachter darzustellen (vgl. für viele Walter 2001). Reinhart Kosellecks begriffsgeschichtliche Arbeit über „Kritik und Krise“ (1959) gibt Hinweise darauf, weshalb dies nicht außergewöhnlich, sondern überaus wahrscheinlich ist. Von Koselleck kann eine parteiensoziologische Untersuchung lernen, dass erst die *Erfindung von Geschichte* zu einer *Erzählbarkeit von Zeit als planbarer Zukunft* führt (vgl. Ders. 1979) aber auch, wie sich Kritik und Krise im Über-

⁴ Der Aufsatz präsentiert Ausschnitte aus einer Studie, welche im Rahmen eines Dissertationsprojekts zum Thema „Partei und Mitglied - Formwandel politischer Organisation“ an der Ludwig-Maximilians-Universität (Betreuer: Prof. Dr. Armin Nassehi) durchgeführt wird. Diese untersucht über das hier präsentierte Material hinaus mediale Äußerungen und aktuelle Lehrbücher auf ihren Umgang mit Krisensemantik. Zudem wurden Interviews mit Parteimitgliedern, Angestellten der Parteien, Politikberatern und Publizisten geführt, um abseits der Krisendiagnostik eine primär organisationssoziologisch interessierte Analyse des Formwandels moderner Parteien zu erarbeiten. Hierfür eignete sich in besonderem Maße ein Blick auf Luhmanns organisationssoziologische Schriften. Mit Luhmann kann betont werden, dass Parteien als Organisationen „wie alle anderen auch“, nicht nur der Logik eines Funktionssystems sklavisch folgen, sondern z.B. in Parteien jede Kommunikation als politische Kommunikation verstanden werden kann – aber nicht muss.

gang vom Absolutismus zur bürgerlichen Gesellschaft aneinander dialektisch entfalten: „der kritische Prozeß der Aufklärung hat die Krise im gleichen Maße heraufbeschworen, wie ihr der politische Sinn dieser Krise verdeckt blieb“ (Koselleck 1959: 5). Die „neue“ Welt wird durch die Rolle des aufsteigenden Bürgertums (ebd.: 6) bestimmt und erfolgt aus dem „privaten Innenraum, auf den der Staat seine Untertanen beschränkt hatte. (...) Die Aufklärung nimmt ihren Siegeszug in dem Maße, als sie den privaten Innenraum zur Öffentlichkeit ausweitet“ (ebd.: 41). Koselleck beschreibt am Beispiel der Werke von Lessing und Schiller, wie sich zunächst die *Bühne* mittels der Kritik der Politik und der Politiker dem Staat entgegen stellt (ebd.: 80ff.) Die Welt wird dabei in einen Bereich der Moral und in einen Bereich der Politik geteilt.⁵ Mit den Worten Kosellecks: „Die dualistische Aufspaltung der Welt in einen Bereich der Moral und einen Bereich der Politik ist in ihrer Geschichtlichkeit Voraussetzung und Folge der politischen Kritik“ (ebd.: 85). Die Kritik nahm sich also zunächst aus der Politik aus, um diese aus einer scheinbar neutralen Perspektive „ihrem Richter-spruch zu unterwerfen“ (ebd.: 81): „Die Kritik scheidet sich zwar als unpolitisch vom Staate ab, unterwirft ihn aber doch ihrem Urteil. Hieraus entspringt die Ambivalenz der Kritik, die seit Voltaire ihr geschichtliches Charakteristikum wird: scheinbar unpolitisch und überpolitisch, war sie tatsächlich doch politisch“ (ebd.: 95). Koselleck beschreibt also eine totale Politisierung der Moderne, die dem Absolutismus im Laufe der europäischen Revolutionen mehr und mehr die Kraft entziehe. Die Krise wird durch sie zum Indikator eines neuen Bewusstseins in

⁵ Die Trennung der moralischen von der politischen Sphäre deutet sich bereits im Werk Machiavellis an. Machiavelli (1469-1527) will die Dinge nicht nur so beschreiben, wie sie sein *sollen*, sondern auch wie sie *sind* und eröffnet damit dem politischen Denken Freiheitsgrade abseits theologischer und moralischer Beschreibungen. Er prägt das neuzeitliche Denken durch seine pessimistische Anthropologie und die ergebnisorientierte Beschreibung politischen Handelns. Machiavelli weist darauf hin, dass man Politik nicht nur moralisch, sondern z.B. auch strategisch beobachten oder begründen kann. Beides findet sich im modernen Dezipionismus Carl Schmitts wieder.

einer Gesellschaft, in der sich die Politik von der Moral abgekoppelt hat (ebd.: 133f.). Die Krise, so Koselleck, „beschwört die Frage an die geschichtliche Zukunft“ (ebd.: 105), thematisiert also das Wissen um die Kontingenz einer weiteren Weltentwicklung. „Verdeckung und Verschärfung der Krise“ bedingen sich gegenseitig (ebd.: 156).⁶

1.2 Systemtheorie der Politik

Auch wenn Niklas Luhmann den Parteiorganisationen in seinem Werk vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit schenkt, so stellt er einer aktuellen Parteiensoziologie eine Vielzahl hilfreicher Denkfiguren bereit. Die Funktion der Politik besteht laut Luhmann in der Vorbereitung und Bereithaltung der Kapazität für kollektiv bindende Entscheidungen (2002: 84f.: 254). Parteien sind dabei vor allem für den ersten Part der Definition – für die Vorbereitung der Entscheidung – durch das Herausarbeiten politischer Themen, durch Testen der Konsenschancen und durch Bereitstellung geeigneten Personals für politische Ämter, zuständig. Luhmann betont die „Arbeitsteilung“ zwischen Parteien und Staatsorganisation: „die Parteien saugen neue Probleme an, politisieren den Meinungsmarkt, die Staatsorganisation versucht, mit einer juristisch und finanziell haltbaren Ordnung nachzukommen. Die einen sorgen für Varietät, die anderen für Redundanz“ (2002a: 215).

Zwei Hinweise Luhmanns sind für die Untersuchung politischer Parteien besonders wichtig: *Erstens* weist er auf die geringe Nützlichkeit der Unterscheidung von Staatslehre und politischer Soziologie hin, die er auf eine „Hypertrophie des Staatsbewußtseins“ zurückführt (1998: 758). Der *Staat* – eine Selbstbeschreibung der Politik – sei nicht mit der *Funktion* des Politik, der Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen, zu verwechseln. Luhmann zeigt, wie sehr die Unter-

⁶ Die „Krise“ wird in diesem Aufsatz nicht als „Systemkrise“, sondern vielmehr *empirisch* gefasst. Jürgen Habermas (1973) hatte Systemkrisen als „anhaltende Störungen der Systemintegration“ (1973: 11) definiert. Im Folgenden wird zu zeigen sein, dass Krisensemantiken der Parteiorganisation nicht auf ein Problem der Systemintegration, sondern gerade auf eine Problemlösung für die moderne Demokratie verweisen.

stellung der Identität von Staat und Politik sowie von Staat und Staatsvolk von *demokratiethoretischen* Erwartungen lebt, die schließlich auch auf die Beschreibung der Organisation abfärben (vgl. Luhmann 1981: 12ff.). Die Vorstellungen, die wir uns von Demokratie, Verfassung, Politik und Grundwerten machen, haben ein theoretisches Fundament (ebd.: 12). Das Entstehen neuer Staaten war „begleitet von politischer Theorie, die die Entwicklung, soweit schon sichtbar, reflektierte, auf ihre Probleme reagierte und Lösungen rechtlicher und institutioneller Art anbot. Politische Reflexion dieser Art wird sehr rasch von der Politik selbst absorbiert und wird damit zum Moment des Gegenstandes, über den sie nachsinnt“ (ebd.).

Luhmanns Gesellschaftstheorie hält also *zweitens* dazu an, die *Gewordenheit der europäischen Denkgewohnheiten* stets im Hinterkopf zu behalten (vgl. Luhmann 2005). Hier trifft sich seine Perspektive mit der Begriffsgeschichte und der Diskursanalyse Michel Foucaults. Luhmann formuliert eine Kritik der ontologischen Erkenntnisvoraussetzungen, eine Kritik der Seinsgebundenheit der Dinge und des Wissens. „Ontologie soll dabei heißen, daß ein Beobachter mit der Unterscheidung Sein/Nichtsein operiert und mit Hilfe dieser Unterscheidung das bezeichnet, was er für relevant, für anschlussfähig, kurz: für »seiend« hält“ (Luhmann 2005: 220). Die Ontologie, so Luhmann, beschränke durch den Glauben an die Gemeinsamkeit der beschriebenen Welt das „Beobachten von Beobachtern auf zwei Funktionen: auf Kritik und auf Lernen“ (Luhmann 2005: 221). Luhmann argumentiert, dass die Moderne sich vor allem durch die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Funktionslogiken auszeichnet. Kein Funktionssystem (z.B. Recht, Politik, Liebe, Erziehung), könne außerhalb seiner Grenzen die Geltung der eigenen Codierung (zum Beispiel Recht/Unrecht, Macht haben/keine Macht haben) beanspruchen.

Armin Nassehi (2003, 2006) hat, auf Luhmanns Arbeiten aufbauend, formuliert, dass die Funktion des Politischen nicht nur in der Bereitstellung von Kapazitäten für kollektiv bindende Entscheidungen besteht (vgl. Luhmann 2002a), sondern auch in der *Herstellung und Sichtbarma-*

chung von Zurechenbarkeit (Nassehi 2006: 342ff.): „Das Medium, in dem solche Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit hergestellt wird, sind unterstellte Kollektivitäten, für die Sichtbarkeit und Transparenz kollektiv wirksamer Kausalitäten ebenso hergestellt wie diese dadurch erst erzeugt werden“ (ebd.: 345). Politische Kommunikationen können also nicht nur *sachlich* auf ihre Ideen von Demokratie, Politik usw. untersucht werden. Nassehi konzeptioniert Systeme als „temporalisierte Systeme“ (ebd.: 66) und rückt damit die *Echtzeitlichkeit von Kommunikation* in den Mittelpunkt der soziologischen Analyse. „Autopoietische Systeme sind demnach Systeme, die je nur in einer Gegenwart sich entfalten und letztlich von sich selbst überrascht werden“ (Nassehi 2003: 74). Während mit Luhmann erklärt werden kann, warum der gleiche Satz (z.B. „Ich lasse mich scheiden.“) in unterschiedlichen Funktionssystemen unterschiedliches bedeutet (Im Scheidungsverfahren der Wunsch nach Beendigung eines Rechtsverhältnisses, im System der Liebe eine Erpressung oder das Ende des Systems, im System der Religion möglicherweise die Beschädigung eines heiligen Sakraments), kann man mit Nassehi erklären, dass die Gleichzeitigkeit von Unterschiedlichem nicht auf Widersprüche oder Identitätskonflikte, eben nicht auf *Krise* verweisen muss (vgl. Nassehi 2006, vgl. von Grodeck/Siri 2010). Statt Desintegration oder Entfremdung stellt Perspektivendifferenz die Normalität der empirischen Erfahrung einer modernen Gesellschaft dar.

Ich fasse zusammen: Reinhard Koselleck erklärt Kritik und Krise sozio-historisch als Effekt der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft. Mit Koselleck und Luhmann wird deutlich, dass die Krise kein gegebener sozialer Sachverhalt „ist“. Es geraten vielmehr *kommunikative Arrangements* in den Blick, in denen das Reden und Schreiben von Krise *anschlussfähig* ist. Mit Nassehi kann gezeigt werden, dass nicht nur die *De-konstruktion* von Krisenkommunikation als einer „alteuropäischen Gewohnheit“, sondern auch ihre Funktion für *gegenwärtige Praktiken* soziologisch zu erforschen ist. Ich komme hierauf im letzten Kapitel zurück, nachdem ich im Folgenden das Augenmerk auf die Historizität der Par-

teienkritik und des Krisendiskurses der Parteien richte. Dabei beschränke ich mich in diesem Aufsatz auf die Darstellung weniger und ausschließlich wissenschaftlicher Perspektiven.⁷

2. Der Krisendiskurs der Parteiorganisation und der Parteienstaatlichkeit

Politische Organisation reagiert auf das bereits in der antiken Stadt formulierte Interesse, Positionen zu definieren, die den Tod ihres Inhabers überdauern können. Instabilität, Anarchie und Barbarei gefährdeten im Falle des Todes von Monarchen, Statthaltern oder Clanchefs die vor-moderne soziale Ordnung. Trotzdem die Notwendigkeit geregelter Nachfolgen bereits in vor-modernen Gesellschaften thematisiert wurde, ließen sich Amt und Amtsethos zunächst nicht getrennt voneinander denken, da der Ursprung (arché) das Wesen bestimmte und daher von der Abstammung auf eine Ähnlichkeit des Wesens geschlossen werden konnte (vgl. Luhmann 1997: 689). Die Kritik der Organisierung von Politik geht mit ihrer Entstehung einher und die „*Urform*“ der Parteienkritik kritisiert, dass Politik überhaupt organisiert wird.

Bereits in den 1740er Jahren formuliert David Hume, dass moderne Politik keine Wahrheitsansprüche mehr mitführen und nur noch Interessenausgleich verhandeln könne (vgl. Bermbach 1988: XXXIIIff.). Er schreibt: „So sehr man unter den Menschen die Gesetzgeber und Staatsgründer ehren und respektieren sollte, so sehr sollte man die Gründer von Sekten und Faktionen verachten und hassen, denn der Einfluß von Faktionen ist dem von Gesetzen genau gegensätzlich. (...) Die Gründer von Parteien sollten uns deshalb noch verhaßter sein, weil solche Ansätze nur schwer wieder auszumerzen sind, wenn sie einmal in einem Staat Wurzeln geschlagen haben“ (Hume 1988: 52). Humes Haltung gegenüber Parteien ist mehr als ambivalent und steht

damit für einen bis heute anhaltenden Diskurs, der zwischen Kritik und Verachtung für die Parteien, bei Anerkennung ihrer Organisationsleistung für den Staat, oszilliert. Robert Michels (1911) kritisiert die Tendenz der Parteiorganisation zur Oligarchie und thematisiert damit ebenfalls den Verlust der Einheit von Vertretenen und Vertretenden. Am Beispiel der deutschen Sozialdemokratie formuliert er: „Die regelmäßigen Veranstaltungsbesucher sind, insbesondere an den kleinen Orten, häufig nicht Proletarier, die, von der Arbeit erschöpft, sich abends früh zur Ruhe legen, sondern allerhand Zwischenexistenzen, Kleinbürger, Zeitungs- und Postkartenverkäufer, Kommiß, junge, noch stellenlose Intellektuelle, die Freude daran finden, sich als authentisches Proletariat zu apostrophieren und als Klasse der Zukunft feiern zu lassen.“ (Michels 1911: 49).⁸

Während Hume und Michels die Parteiorganisation kritisieren, aber keine Alternative zu ihr sehen, beschreibt für Carl Schmitt das anonyme demokratische *Verfahren* den Anfang vom Ende der Demokratie. Die Moderne beschreibt Schmitt als eine Epoche, der die Fähigkeit zur Form fehle (Schmitt 1991: 59). Der Formverlust äußere sich in der Flucht zu falschen Surrogaten und die „argumentierende öffentliche Diskussion“ werde „zu einer leeren Formalität gemacht“ (Schmitt 1923: 10). „Die Parteien (die es nach

⁸ Bis heute ist die Kritik der „Lehrer- und Beamtenpartei“ in die Selbstbeschreibung der Sozialdemokratischen Parteiorganisation eingelassen. Hier ein Beispiel aus einem qualitativen Interview: H: „... (laut) das iss einfach relevant und das iss auch das Traurige, dass immer weniger Arbeitnehmer und Sozialschwache eben Mitglied sind oder eben ihre Meinung einfach artikulieren. ... Aber das liegt einfach auch an den Strukturen. ...

I: Wie meinst du das?

H: Ähm, dass du in der Partei nur hochkommst, wenn du in Führungsstrichen 'nen gewissen Bildungsgrad hast. Und dich artikulieren kannst. Zusammenhänge verstehen kannst, dich damit beschäftigen kannst überhaupt erst mal... Also wenn man 8, 9 Stunden am Tag arbeitet und dann nach Hause kommt hat man in der Regel wenig Lust dann noch sich theoretisch großartig in irgendwelche Debatten zu stürzen. Ähm, vor allem wenn's sowieso hinten und vorne brennt, finanziell und mit anderen Problemen...“

⁷ Eine weitergehende Darstellung würde auch die Untersuchung medialer Äußerungen sowie die Interpretation von Interviewdaten und Bildmaterial in die Analyse aufnehmen. Dabei bietet es sich an, Parteien kontrastierend zu anderen Organisationen, wie beispielsweise Unternehmen, zu untersuchen (vgl. Mayr/ Siri 2010, von Groddeck/ Siri 2010).

dem Text der geschriebenen Verfassung offiziell gar nicht gibt) treten heute nicht mehr als diskutierende Meinungen, sondern als soziale oder wirtschaftliche Machtgruppen einander gegenüber, berechnen die beiderseitigen Interessen und Machtmöglichkeiten und schließen auf dieser faktischen Grundlage Kompromisse und Koalitionen“ (Schmitt 1923.: 11). Schmitt kritisiert, dass die Parteien nicht in der Verfassung verankert sind. Die mangelnde positivrechtliche Bestimmung der Parteien wird über die Weimarer Republik hinaus zum dankbaren Thema für Staatsrechtslehrertagungen. Gerhard Leibholz attestiert den Weimarer Verfassungsvätern, dass sie sich „keine zu hohe Meinung von den Parteien gebildet“ hätten (Leibholz 1964: 84). Für positivistische Staatsrechtslehrer folgte aus der Nichtfeststellung der Parteienstaatlichkeit in der Verfassung die Verletzung des Repräsentationssystems und die Forderung der Einschränkung der Macht der Parteien und des Personenwahlrechts. Antidemokratische Staatsrechtslehrer wie Carl Schmitt und Heinrich Triepel beschreiben die Parteienbildung als Angriff auf die Verfassung und nehmen die Differenz von Faktizität und Geltung zum Anlass, den Parlamentarismus als kranken Körper zu beschreiben. „Die Rettung werde »mit elementarer Gewalt aus dem Schoße des Volkes« herauskommen, indem sich der Staat von unten zu einem echten »Organismus« erneuere“ (Lenk/Neumann 1968: XLVIII, vgl. auch Mergel 2002). In Verteidigung der Parteienstaatlichkeit argumentierte z.B. Hans Kelsen (2006): Der Parteienstaat sei keine Ablösung, sondern eine Aktualisierung des Parlamentarismus.⁹ Ernst Forsthoff aktualisiert Carl Schmitts Substanzkritik des modernen Parlaments. Forsthoff beschreibt einen Staat, dessen Repräsentanten nicht mehr versuchten, eine „Verbindung von Geist und Staat“ herzustellen (Forsthoff 1971: 55). Die Bundesrepublik habe als „paradigmatischer Staat der Industriegesellschaft“ ihre

⁹ Lenk und Neumann beschreiben, wie auf der Staatsrechtslehrertagung 1931 die verschiedenen Perspektiven aufeinander prallten. Zuvor hatte Reichsinnenminister Wirth einen Wahlgesetzentwurf zur stärkeren Berücksichtigung der Persönlichkeit vorgelegt, um der „Zersplitterung im Reichstag“ (Lenk/Neumann 1968: LII) entgegenzuwirken.

„geistige Selbstdarstellung“ verloren (ebd.: 55). Empirisch begründet sich die Kritik unter anderem anhand der Beschreibung der *Ununterscheidbarkeit* der (im Parlament vertretenen bzw. regierenden) Parteien. Kritische Kommentatoren der Parteienstaatlichkeit in den 1960er und 1970er Jahren stellen hierauf ab und kritisieren z.B. die geringeren Wahlwerbungschancen der opponierenden Parteien (vgl. Abendroth 1966: 212ff., vgl. auch Forsthoff 1971: 90ff.). Die Ununterscheidbarkeit von politischen Organisationen ist auch eine alte und beliebte Figur des Spotts über die Parteien in Film und Kabarett. So sind in Monty Phyttons „Life of Brian“ die programmatischen Ziele der „judäischen Volksfront“ und der „Volksfront von Judäa“ nicht zu unterscheiden: Ihr Hass aufeinander übersteigt aber den gemeinsamen Hass auf die Römer und so vernichten sie sich schließlich gegenseitig. Und in einer der vielen auf Youtube abrufbaren Folgen von „Loriot“ wird aus Kostengründen mit dem gleichen Darsteller, welcher nur seinen Gesichtsausdruck verändert, für alle Parteien ein Wahlkampfbild aufgenommen. Wie können nun solche Beobachtungen soziologisch erklärt werden?

Zwischenfazit: Der Sündenfall der Organisation

Mittels einer Zusammenfassung der oben verhandelten Literatur will ich nun versuchen, die historisierende Beschreibung um eine soziologische Analyse der *Funktion der Krisenkommunikation* zu ergänzen. Hierbei werden nun die eingeführten gesellschaftstheoretischen Positionen (vgl. Luhmann 2002a, Nassehi 2003, 2006) zum Tragen kommen.

Durch die *politische Organisation*, die Mosseij Ostrogorski (1902) und Max Weber (1988) in ihren parteiensoziologischen Werken beschreiben, wird das Selbstverständnis „radikaler“ Demokraten wie Robert Michels und Carl Schmitt erheblich erschüttert. Kritik und Krisensemantik werden durch diesen „Sündenfall“ aktiviert. Ostrogorski und Weber betonen die Unmöglichkeit einer Rückkehr zur Demokratie ohne Massenwahlen und Massenorganisation. Sind Michels

und Schmitt aber überzeugt, dass die Moderne die Substanz des Politischen destruiere, betont Weber die individuellen Freiheitspotentiale. Weber bejaht das Fachmenschentum und die systematisierte Lebensführung, wenn sie einem Leben mit „Berufung“, zum Beispiel zur Politik, dienen und solange es sich um wertorientiertes Handeln handle. Die Werte werden dabei nicht kollektiv, sondern individuell entwickelt, begründet und verteidigt. Sie dienen primär dazu, die individuelle Lebensführung auszurichten und nicht in erster Linie dazu, ein Kollektiv zu stärken. Dies ist der entscheidende Unterschied zu Schmitts identitärer Demokratietheorie, für den die intersubjektive Aneinanderreihung von Werten durch bürgerliche Individuen den Tod der Politik bedeutet (vgl. Eberl 1994: 54f).

Kurt Lenk und Franz Neumann führen die Krisensemantik der Parteien – sie sprechen von „Antiparteienaffekten“ – auf die Wirkung der Schriften von Hobbes, Rousseau¹⁰ und Hegel zurück. Hobbes beschrieb Parteien unter dem Eindruck der Bürgerkriege der Stuarts und der Puritaner als „organisierte Verschwörungen“ (Lenk/Neumann 1968: XXII) und idealisiert das Aufgehen der Rechte der Bürger im Unterwerfungsvertrag mit dem Souverän. Rousseau beschrieb Parteien als „Fremdkörper im Staatswesen“ (ebd.). Die egoistischen Sonderinteressen der Bürger, ja *alle Partikularinteressen*, seien dem *Volonté Générale* abträglich und zu unterdrücken. Hegels Arbeiten inspirierten eine Staatsverehrung, die durch Partikularinteressen gleichsam beleidigt wurde. Die „Fetischisierung des Staates“ (ebd.) ging im deutschen Sprachraum ein Bündnis mit obrigkeitstaatlichen Haltungen ein. Ulrich K. Preuß hat folgerichtig beschrieben, dass nicht das Mehrheitswahlrecht als rechtliche Form, sondern ein *falsches Verständnis des Mehrheitswahlrechts* zur Selbstabschaffung der Weimarer Demokratie geführt habe. Die Mehrheitsregel habe sich „von einem *Prinzip des Verfahrens* zu einem *substantiellen Ordnungsprinzip*“ gewan-

delt (Preuß 1979: 344). Es sei kein Zufall, „daß die Krise des liberal-repräsentativen Verfassungssystems in der Weimarer Republik ausbrach. Den sozio-ökonomischen und kulturellen Bedingungen einer Massengesellschaft konnte ein Verfassungssystem nicht gewachsen sein, welches lediglich eine modifizierte Fortschreibung der Grundprinzipien einer liberal-repräsentativen politischen Ordnung aus dem 19. Jahrhundert war“ (ebd.).

Bis heute – das kann den Ausführungen Lenks und Neumanns hinzugefügt werden – spielt der Rückzug in ästhetische und romantische Öffentlichkeiten, die Aversion kantianischer Ethiken gegen „Realpolitik“, eine Rolle in einem vor allem *deutschsprachigen* Diskurs, der ethische Reflexionen real-politischen Verfahren vorzieht. Die Unwiederbringlichkeit der „direkt-demokratischen“ Erfahrung einer vormodernen Gesellschaft haben über den Umweg kritischer Theorien der Öffentlichkeit zu einer intellektuellen Missachtung für Parteiorganisationen geführt, die in der *Unausweichlichkeit der Organisation moderner demokratischer Verfahren* begründet liegt. Die Figur der „Politikverachtung“ – wie ich sie am Beispiel Carl Schmitts vorstellte – findet sich daher in moralischen Parteienkritiken ebenso wieder wie in empirischen Untersuchungen der „Parteienverdrossenheit“. Die Fundamentalkritiken brechen dabei die Unterscheidung von „links“ und „rechts“ auf: Die Figur der Entfremdung wird von Marxisten und Existenzialisten gleichermaßen gegen die Politik und die Öffentlichkeit in Stellung gebracht, wie Helmut Plessner 1960 in seiner Göttinger Rektoratsrede bemerkte (vgl. Schlenk 2008: 57). Auch fällt auf, dass die Kritik sich im deutschen Sprachraum meist als *Elitenprojekt* habitualisiert.

3. Die Funktion der Krisenkommunikation und die Paradoxie des Politischen

Michel Foucault (1992) kritisiert, dass sich durch die Philosophie Kants eine Fixation des Verhältnisses von Kritik und Aufklärung auf das Problem der „richtigen“ Erkenntnis ereignet habe (ebd.: 29ff.). Dies resultiere in der „Legiti-

¹⁰ Vgl. hierzu Koselleck 1959, S. 142 ff. Koselleck zeigt, dass Rousseau die politische Krise als moralische Krise argumentiert und zieht ihn als ein Beispiel für seine Theorie vom Dualismus der Moral und der Politik, für die Blindheit der Philosophie für ihre Destruktion der absolutistischen Ordnung, heran.

mitätsprüfung der geschichtlichen Erkenntnisweisen“ (ebd.: 30) als dominanter Analyseprozedur. Auch Dilthey oder Habermas, so Foucault, reformulierten vornehmlich die Frage, „welche falsche Idee sich die Erkenntnis von sich selbst gemacht“ (ebd.) und an welche falsche „Herrschaft sie sich folglich gebunden“ fand (ebd.). Niklas Luhmann beschreibt Kritik als ein *Äquivalent für Universalitätsansprüche*. Diese „werden durch „Kritik“ ersetzt, mit der der Standpunkt des Subjekts sich zur Universalität wieder aufrundet“ (1987: 108).

Die Parlamentarismusbeschreibungen von Michels, Weber und Schmitt thematisieren in ihrer Unterschiedlichkeit die gleiche historische Erfahrung: *Eine Kränkung des Ideals substanzieller Demokratie durch die Faktizität der Organisation*. Weber stört die „unerhörte Langeweile“ von Reden im Parlament (1994: 71). Michels übersieht die Funktionalität unterschiedlicher politischer Praxen, indem er folgende Beobachtung nur als Kritik und nicht als soziologische Beschreibung formuliert: „Die Fraktionen pflegen sich sowieso nur selten an die ihnen auf dem Parteitage vorgeschriebenen Marschrouten zu halten. (...) Die Geschichte der Parteien besteht aus einer Kette gebrochener Parteitagsbeschlüsse.“ (Michels 1911: 138f.) Legt man hier Armin Nassehis Konzept einer Gesellschaft der Gegenwart an, so wird deutlich, dass die Kritik die Gleichzeitigkeit und Unversöhnlichkeit unterschiedlicher Gegenwart in einer politischen Praxis thematisiert. Durch die Kritik wird dies als Hinweis auf Inkonsistenz thematisierbar, während es für die Akteure auf dem Parteitag und in der Fraktion *keinen Ausweg aus der jeweiligen Praxis gibt*. Die Kritik zurt unterschiedliche politische Gegenwart zu einer universellen Beobachtung zusammen und übersieht dabei zwangsläufig, dass Unterschiedliches unterschiedlich funktioniert. Im ersten Kapitel habe ich die Funktion des Politischen mit Armin Nassehi als Herstellung und Sichtbarmachung von Kollektiven bezeichnet (Nassehi 2006: 345), denen (als Volk) die Autorschaft an den Gesetzen, die Urheberschaft an der Regierung und die Einnahme einer Publikumsrolle als politische Öffentlichkeit zugerechnet werden kann. In diesem

Übersehen des Unvermeidlichen – dem Ignorieren der Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Aspekte und Eigenzeiten der politischen Organisation – liegt genau ihre Funktion. Während die Kritik den Sündenfall der Organisation allgemein thematisiert, reformulieren Krisendiagnosen ihn in einer Sprache, mit der die Organisation durch Reform (aber eben auch nur durch Reform ihrer selbst) umgehen kann. *Die Paradoxie des Politischen besteht also darin, dass nur in der Referenz auf und der Kritik von Unterschieden die Symbolisierung von Kollektivität und Substanz überhaupt noch gelingen kann*. Kritik- und Krisenkommunikation tragen durch die Beschreibung der *Krise* (und der dabei im Subtext mitlaufenden Betonung dessen, wie es „eigentlich“ laufen sollte), das diversifizierte politische Publikum zumindest hypothetisch als Kollektiv zu formen. In den Organisationen wird die Krisendiagnose zur *Reform* verarbeitet. Diese ermöglicht jedoch keine „bessere“ Vermittlung des Volkes mit der Organisation, sondern trägt zur Reproduktion der Organisation bei. Die Kritik trägt somit dazu bei, auch weiterhin zu organisieren, was in der Moderne organisiert werden muss. Alle Parteienkritiken thematisieren auf je unterschiedliche Weise die Frage, wie Kollektivität und Identität unter der Bedingung politischer Organisation möglich ist. Dies ist auch der Grund, weshalb sich bis heute Krisendiagnosen der Parteien stabil reproduzieren, sich dabei aber stets selbst für sehr aktuell halten (vgl. Walter 2001). *Erstens* kann hieraus erklärt werden, dass Krisendiagnostik bis heute en vogue ist. Hier könnte eine Kritik der Krisendiagnosen ansetzen, welche ihre Naivität oder Unangemessenheit betont. Viel interessanter ist es aber *zweitens*, sich genauer mit der Funktion von Kritik- und Krisenkommunikation für die Politik der modernen Gesellschaft zu befassen.

3.1 Die Funktion der Parteienkrise für die moderne Demokratie

„Die in der Beobachtung operativ verwendete, aber nicht beobachtbare Unterscheidung ist der blinde Fleck des Beobachters“ (Luhmann 2005: 233).

Der blinde Fleck der Parteienkritik besteht in ihrer Funktionalität für die anhaltende Bereitstel-

lung von Legitimation der demokratischen Verfahren. Denn *nicht nur* der „freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“ (Böckenförde 1976: 60). Das Gleiche gilt auch für das demokratische Verfahren und die Organisation von Demokratie durch politische Organisationen. Durch die Kritik und die Krisendiagnosen der politischen Organisation wird in der demokratischen Gesellschaft kommuniziert, was gesellschaftlich nicht beobachtbar ist: *Die Substanz der demokratischen Entscheidung und ihre Symbolisierung der Identität von Volk und Regierung. Indem wissenschaftliche, mediale und organisationale Beobachter die Parteien kritisieren, kann das in einer komplexen, demokratischen Gesellschaft praktisch verunmöglichte Plebiszit zumindest als Ideal präsent gehalten werden.*

Zugleich wird durch die Idealisierung eines substanziellen Volkswillens von der Potenz der demokratischen Verfahren abgelenkt. Denn anders als die Kritik suggeriert: Die Kriterien für die Untersuchung innerparteilicher Strukturen sind nicht alleine aus der Organisation und nicht in „Kategorien der Demokratie, sondern einzig aus der Verträglichkeit der jeweiligen Art und Weise innerparteilicher Willensbildung mit den institutionellen Erfordernissen der konkret gegebenen Staatsform“ (Hennis 1957: 52) abzuleiten: „Die ephimäre Rolle, die der Staatsform seit Robert Michels »Soziologie des Parteiwesens« – im Gegensatz zu Ostrogorskis zu Unrecht im Schatten stehenden Werk – in den üblichen parteiensoziologischen Arbeiten zugeschrieben wird, falls überhaupt von ihr die Rede ist, hat ihre Wurzel in einem radikaldemokratischen Unverständnis für den sittlichen Sinn und die freiheitsbewahrende Funktion der Verfassung und der Staatsform insbesondere“ (ebd.). Auch wenn ich mich für den „sittlichen Sinn“ der Verfassung und Staatsform an dieser Stelle weniger interessiere als dafür, wie politische Kommunikationen durch ihre Organisation in Verfahren strukturiert werden: Der Hinweis ist wertvoll, da die Verfahrensförmigkeit der Demokratie *trotz* der Betonung in den Arbeiten von Habermas und Luhmann (in der soziologischen Fachdiskussion)

vernachlässigt wird. Geschieht dies, so wird erstens übersehen, dass Parteienkritik nicht nur „antidemokratischer“ Tradition, sondern auch einem staatsrechtlich legitimierten Formalismus entspringen kann (vgl. Lenk/Neumann 1968: XXI). Zweitens wird übersehen, dass die Kritik an den Parteien evtl. eine Stabilisierung der Verfahren mit sich bringt und drittens einer eigenen diskursiven Dynamik folgt. Krisensemantiken bilden den sozialen Wandel ab und bieten durch ihre Wiederholung Stabilität. Die „*Krise der Parteien*“ ist eine auf Dauer gestellte, historisch erfolgreiche Beschreibung. Die Krisenkommunikation beschreibt eine unmittelbare empirische Erfahrung der Organisation und ihrer Beobachter, welche die Sehnsucht nach einer *Demokratie ohne Organisation* formuliert. Die Krisendiagnosen sind vor allem Krisendiagnosen der Organisation und der politischen Rollenträger, die Verfahren geraten seltener in den Blick. Ich vermute, dass der historische Diskurs der Krise der Parteien es auch unter anderem ermöglicht, dass Parteien als „Ganzheit“ als mit sich ident beschrieben werden. Denn die Krisendiagnose führt immer auch eine Schutzbedürftigkeit des als in der Krise Begriffenen mit sich. Krisendiagnosen erlauben, eine komplexe Großorganisation gleich einem kränkenden Subjekt zu adressieren, welches ein Stück Souveränität verloren hat, die ihm eigentlich zusteht. Mit Habermas gesprochen: „Indem wir einen Vorgang als eine Krise begreifen, geben wir ihm unausgesprochen einen normativen Sinn: die Lösung der Krise bringt für das verstrickte Subjekt eine Befreiung (Habermas 1973: 10). Die Organisation wird als schützenswerte Identität adressierbar. Und Krisendiagnosen sind, im Sinne eines „jetzt erst recht“ ein guter Grund für das Engagement der Mitglieder. Der blinde Fleck der Parteienkritik besteht in seiner Historizität und in seiner Funktionalität für die Organisation von Demokratie. Denn paradoxerweise ermöglicht der Verweis auf die Krise der Parteien und die Kritik an ihnen vor allem eines: So weiterzumachen, „wie bisher“.

3.2 Die Wehrhaftigkeit der Verfahren

„In der Geschichtsschreibung gilt ein Traditionsabbruch, mit dem identitätsverbürgende Deutungssysteme ihre sozial-integrative Kraft einbüßen, als Indikator für den Zusammenbruch sozialer Systeme. (...) Der Traditionsabbruch ist ein zumindest ungenaues Kriterium, da sich die Medien der Überlieferung und die Bewußtseinsforschung der geschichtlichen Kontinuität selbst geschichtlich ändern. Überdies stellt sich das zeitgenössische Krisenbewußtsein *post festum* oft als trügerisch heraus. Eine Gesellschaft stürzt nicht nur und nicht immer dann in eine Krise, wenn ihre Mitglieder es sagen“ (Habermas 1973: 12).

In Abwandlung einer prominenten Formulierung des regierenden Bürgermeisters von Berlin ließe sich zusammenfassen: Parteien sind in der Krise – und das ist gut so. Nur die Parteienkritik und ihre Reformulierung als Krise der Organisation ermöglicht, normative Kommunikation in das politische System einzuspeisen. Nicht so gut ist, wenn die Soziologie sich nicht darum kümmert, eine eigene Perspektive auf diese Organisationen zu produzieren. Während die Politikwissenschaft und die Rechtswissenschaften ihrer eigenen wissenschaftlichen Perspektive treu bleiben, wenn sie krisenhafte Zustände diagnostizieren oder die Vereinbarkeit aktuellen Parteienrechts mit der Verfassung diskutieren, übernimmt die Soziologie Fremdbeschreibungen – und vergeudet damit ihr Potential. Allein mit dem Verweis auf sinkende Mitgliederzahlen oder Politiker, die nun neben Plakaten auch *facebook* nutzen, ist der Soziologie der Parteien nicht genüge getan. Statt Veränderungen als „Entpolitisierung“ oder als „Werteverfall“ zu interpretieren, kann eine soziologische Perspektive zeigen, dass sich die Organisationen durch den Einbau von Unschärfen (vgl. von Groddeck 2011) wie dem Konzept der „Catch-All-Partei“, durch Wertekommunikation (ebd.) und durch die Nutzung neuer Medien auf die Dynamiken ihrer gesellschaftlichen Umwelt einstellen. Kritiken formulieren dabei jeweils die Sorge und Substanzverlust durch Veränderung und begleiten den organisationalen Wandel.

Meine Darstellungen provozieren die Frage, was denn bitte, wenn nun die *Krise in Permanenz* angeblich so funktional sei – ein „echtes“ Problem

der demokratischen Parteien wäre? Auch wenn die hier eingenommene Perspektive sich mit einer Antwort schwer tut, will ich zumindest versuchen, eine solche anzudeuten. Jürgen Habermas (1973) betont in seiner Rekonstruktion des Begriffs der Systemkrise, dass von Aristoteles bis Hegel die Krise den Wendepunkt eines schicksalhaften Prozesses beschreibe. Erst mit Karl Marx sei die Krise als Systemkrise erzählbar. Habermas begründet, dass Krisenerscheinungen im Spätkapitalismus ihren *naturwüchsigen* Charakter verlieren. Wenn nun eine Systemkrise dermaßen unwahrscheinlich ist, so bleibt der Soziologie nur die Beobachtung von *Krisensmantiken* und deren Form und Funktion. Eine „Zerstörung“ der Parteien, wie wir sie kennen, ist nie unmöglich, aber in der Bundesrepublik hoch unwahrscheinlich.

Dies hat nicht zuletzt mit den starken Vorkehrungen zu tun, die das Parteienrecht nach der Erfahrung der Weimarer Republik getroffen hat. Vice versa lässt sich daraus schließen, dass rechtsradikale, linksradikale oder populistische Parteien in der Bundesrepublik immer ein Problem haben werden. Nicht unbedingt deshalb, weil die Demokratinnen und Demokraten sich wehren, sondern weil sich „das Verfahren selbst“ wehrt – ganz ohne, dass es „die Menschen“ dafür braucht. Auch wenn die „enthumanisierte“ Systemtheorie häufig dafür kritisiert wurde, wie wenig Macht sie den Menschen über die Veränderung der Welt zugesteht, so lässt sich paradoxerweise mit ihr den Demokratinnen und Demokraten eine gute Nachricht überbringen: Die Demokratie – oder wenn wir so wollen „das System“ – ist aus eigener Kraft heraus überaus wehrhaft. Es gewöhnt den politischen Akteuren durch die Bereitstellung von Verfahren eine demokratische Praxis an, die abseits der politischen Forderungen als *Gewohnheit durch das Wahrscheinlichmachen von Anschlusskommunikation* wirksam wird. Die Parteien werden durch die Verfahren gleichsam domestiziert, wofür die Entwicklung der Grünen in den 1980er Jahren oder jene der Regierungsbeteiligung der Linkspartei in Landesparlamenten als Beispiel herangezogen werden kann. Die Demokratie erzieht ihre Kinder – auch *ohne*, dass die immer etwas

dazu tun müssten. Soziologen beschreiben dies mit der Unterscheidung von Erziehung und Sozialisation. Während erste eine pädagogische Kommunikation in guter Absicht durch den Erzieher darstellt, vermittelt sich zweite unbewusst, alltäglich und nicht zielgerichtet (vgl. Luhmann 2002b: 53ff.).

Die Wehrhaftigkeit der Demokratie gründet (inzwischen) möglicherweise weniger in den „großen“ rechtlichen Schranken, wie der Möglichkeit, verfassungswidrige Parteien zu verbieten, sondern darin, dass extreme und populistische Parteien die modernen, institutionellen Vorrichtungen der Demokratie nicht richtig „begreifen“ – und in der organisationalen Praxis nicht adäquat anwenden können. Über ihre Fähigkeit, Wahlerfolge zu erzielen, sagt dies gewiss nichts aus. Mit Luhmann gesprochen lässt sich aber feststellen: rechtspopulistische und radikale Parteien sind *keine funktionalen Äquivalente* für demokratische Parteiorganisationen, die die radikale Differenzierung moderner Gesellschaft in sich selbst prozessieren und mit den demokratischen Verfahren ohne Reibungsverluste umgehen können.

Literatur:

Abendroth, Wolfgang (1966), Die Vermittlungsfunktion der Parteien, Pfullingen, S. 77-88, Abdruck aus: Lenk, Kurt & Neumann, Franz (Hg.), (Hg.) (1974), *Theorie und Soziologie der politischen Parteien* Band 1. Soziologische Texte Luchterhand 88, Darmstadt/Neuwied: Luchterhand, S. 206-221.

Beck, Ulrich (1993), *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Beck, Ulrich (1994), Jenseits von Stand und Klasse, in: Ders./Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.), *Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 43-60.

Beck, Ulrich (2004), *Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Bermbach, Udo (1988), *Einleitung zu David Hume: Politische und ökonomische Essays*, Teilband 1, Hamburg: Meiner.

Böckenförde, Ernst Wolfgang (1976), *Staat, Gesellschaft, Freiheit*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Eberl, Matthias (1994), *Die Legitimität der Moderne. Kulturkritik und Herrschaftskonzeption bei Max Weber und bei Carl Schmitt*, Marburg: Tectum Verlag.

Forsthoff, Ernst (1971), *Der Staat der Industriegesellschaft. Dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland*, München: Beck.

Foucault, Michel (1992), *Was ist Kritik?* Berlin: Merve.

Groddeck von, Victoria (2011), Rethinking the Role of Value Communication in Business Corporations from a Sociological Perspective – Why Organisations Need Value-Based Semantics to Cope with Societal and Organisational Fuzziness, in: *Journal of Business Ethics*, DOI 10.1007/s10551-011-0769-1.

Groddeck von, Victoria/ Siri, Jasmin (2010), Temporalisierte Identitäten - Empirische Beobachtungen organisationaler Identitätskonstruktionen in einer Gesellschaft der Gegenwart, in: Roth, Steffen et al. (Hg.): *Organisation Multi-medial. Zum polyphonen Programm der nächsten Organisation*, Berlin: Carl Auer, S. 219-143.

Habermas, Jürgen (1973), *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (1990), *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuauflage*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (1992), *Faktizität und Geltung*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Hennis, Wilhelm (1968), *Politik als praktische Wissenschaft. Aufsätze zur politischen Theorie und Regierungslehre*, München: Piper.

Hitzler, Ronald (1994), Die banale Seite der Macht. Politik als Beruf heute – und morgen, in: Berking, Helmuth, Hitzler, Ronald, Neckel, Sighard (Hg.), *Politikertypen in Europa*, Frankfurt a.M. (Fischer) 1994, S. 280- 295.

- Hume, David (1988) (1741/1742), *Politische und ökonomische Essays. Zwei Bände* (PhB 405 a & PhB 405 b), Hamburg: Meiner.
- Kelsen, Hans (2006), Vom Wesen und Wert der Demokratie (1920), in: Ders., *Verteidigung der Demokratie*, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 149-229.
- Koselleck, Reinhart (1959), *Kritik und Krise. Ein Beitrag zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*, Freiburg/München: Karl Alber.
- Koselleck, Reinhart (1979), *Vergangene Zukunft – Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Lauermann, Manfred (1994), Carl Schmitt – light, in: *Ästhetik und Kommunikation*, Heft 85/86, Jg. 23, S. 91-98.
- Leibholz, Gerhard (1976) (1952), Repräsentation und Identität, in: *Strukturprobleme der modernen Demokratie*, Karlsruhe: CF Müller, S. 88-171.
- Lenk, Kurt/ Neumann, Franz (1974) (Hg.), *Theorie und Soziologie der politischen Parteien*, Soziologische Texte Luchterhand 88, Darmstadt/Neuwied: Luchterhand.
- Lepsius, Rainer M. (1993) (1966), *Demokratie in Deutschland: soziologisch-historische Konstellationsanalysen*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Luhmann, Niklas (1971), *Politische Planung*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas (1983), *Legitimation durch Verfahren*, Frankfurt/M: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1997), *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2002a), *Die Politik der Gesellschaft*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2002b), *Das Erziehungssystem der Gesellschaft*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2005), *Soziologische Aufklärung 5, Konstruktivistische Perspektiven*, Wiesbaden: VS-Verlag.
- Mayr, Katharina/ Siri, Jasmin (2010), Management as a Symbolizing Construction? Re-Arranging the Understanding of Management, in: *Forum Qualitative Research (FQS)*, 11 (3), Art. 21.
- Mergel, Thomas (2002), *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf: Droste.
- Michels, Robert (1911), *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Neudruck der zweiten Auflage von 1957, Stuttgart: Alfred Kröner.
- Nassehi, Armin (2003), *Geschlossenheit und Offenheit*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Nassehi, Armin (2006), *Der soziologische Diskurs der Moderne*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Nassehi, Armin (2008), *Die Zeit der Gesellschaft. Auf dem Weg zu einer soziologischen Theorie der Zeit. Neuauflage mit einem Beitrag „Gegenwarten“*, Wiesbaden: VS-Verlag.
- Ostrogorski, Moissei J. (1922), (1902), *Democracy and the Organization of Political Parties*, Norwood, Massachusetts: Berwick & Smith Co.
- Preuß, Ulrich K. (1979), Politische Ordnungskonzepte für die Massengesellschaft, in: Habermas, Jürgen (Hg.), *Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“*. 1. Band: *Nation und Republik*, S. 340-379.
- Schmitt, Carl (1923), *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, München-Leipzig: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl (1991) (1916), *Theodor Däublers „Nordlicht“*. Drei Studien über die Elemente, den Geist und die Aktualität des Werkes, Berlin: Duncker & Humblot.
- Soeffner, Hans-Georg/ Tänzler, Dirk (2002) (Hg.), *Figurative Politik, Zur Performanz der Macht in der modernen Gesellschaft*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Trotha, Trutz von (2006), Perspektiven der politischen Soziologie, in: *Soziologie* 3/2006: S. 283-302.
- Walter, Franz (2001), Die deutschen Parteien: Entkernt, ermattet, ziellos; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 10/2001, S. 1-6.
- Weber, Max (1988): *Gesammelte politische Schriften*. Tübingen: Mohr/Siebeck.